

GRIESHEIMER
MARKT
BLATT
CDU

Impressum

Januar 2007

Herausgeber:
CDU-Stadtverband Griesheim
Klaus Rinecker, Vorsitzender

Redaktion:
Bernd Schäfer, Oberndorfer
Straße 47, Harald Horneff

Anzeigen und Verteilung:
Sebastian Münch
sowie alle CDU- und JU-
Mitglieder

Druck:
Druckerei V. Bassenauer,
Griesheim, Wiesenstraße 8

Auflage: 9500 Exemplare

Union aus Stimmungstief – Kanzlerin legt zu

Berlin (dpa) – Die Union und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben nach dem Ergebnis des „ARD-Deutschlandtrends“ einen großen Sprung nach vorne in der Gunst der Bundesbürger gemacht. Innerhalb eines Monats verbesserte sich die Union um vier Punkte und kommt nun in der Sonntagsfrage auf 35 Prozent der Stimmen. Die SPD bleibt danach unverändert bei 31 Prozent. Der Zuwachs für die Union - ihr bester Wert seit vier Monaten - geht vor allem zu Lasten der FDP, die drei Punkte im Vergleich zum Vormonat verliert und nun zehn Prozent erreicht. Die Grünen kommen auf 11 Prozent.

***Herzliche Einladung
zum Neujahrsempfang der CDU***

Liebe Griesheimerinnen und Griesheimer,
zum diesjährigen Neujahrsempfang der Griesheimer CDU sind Sie am

**Mittwoch, dem 17. Januar 2007, ab 19.30 Uhr
in den Festsaal „Zöllerhannes“**

herzlich eingeladen.

Der CDU-Stadtverband freut sich, Sie mit einem Glas Sekt begrüßen zu dürfen.

Die Neujahrsrede hält in diesem Jahr

Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski

zum Thema

„Ohne Werte sind wir wertlos“

Frau Prof. Dr. Schipanski ist Präsidentin des Thüringer Landtag und war im Jahr 1999 die Kandidatin der CDU/CSU als Bundespräsidentin. Sie ist engagiertes Mitglied der CDU-Grundwertekommission. Die Referentin live zu hören und zu erleben wird ein sehr interessantes Erlebnis sein.

Persönliche Gespräche mit dem Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden **Gottfried Milde** sowie den Vorstands- und Stadtverordnetenfraktionsmitgliedern der CDU sind ebenfalls möglich.

Klaus Rinecker

CDU-Stadtverbandsvorsitzender

Prof. Dr. Dagmar Schipanski im Zöllerhannes

Am 17. Januar Neujahrsempfang der CDU

Am 17. Januar lädt die CDU Griesheim ab 19.30 Uhr zu ihrem diesjährigen Neujahrsempfang in die Gaststätte „Zöllerhannes“ ein. Als Gäste geladen sind Vertreter von Verbänden und Vereinen. Selbstverständlich sind auch alle Griesheimer Bürgerinnen und Bürger ebenfalls herzlich eingeladen.

Es ist gelungen, Dr. Dagmar Schipanski, Präsidentin des Thüringer Landtages, für einen Vortrag zu gewinnen. Die Landtagspräsidentin hat ihren Beitrag unter das Motto „Ohne Werte sind wir wertlos“ gestellt.

Frau Dr. Schipanski wurde 1999, obwohl sie noch keiner Partei angehörte, von den Uni-

onsparteien als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt. Nach ihrer Niederlage gegen Johannes Rau wurde sie im Sommer desselben Jahres im Kabinett von Dr. Bernhard Vogel Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Thüringen. Dieses Amt begleitete sie bis 2004. Im gleichen Jahr war auch Dr. Vogel Gastredner beim CDU-Neujahrsempfang.

Im Jahr 2000 trat Frau Schipanski der CDU bei und war bis 2006 Mitglied des Bundespräsidiums. Von 2002 bis 2004 war Dagmar Schipanski Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Seit dem 08. Juli 2004 sitzt

sie dem Thüringer Landtag vor. Im November 2006 wurde sie in den Bundesvorstand der CDU gewählt.

Frau Dr. Schipanski studierte Angewandte Physik und promovierte 1976 auf dem Gebiet der Festkörperelektronik. 1985 habilitierte sie sich ebenfalls auf diesem Gebiet und erhielt 1990 einen Ruf als Professorin an die TH Ilmenau. Von 1996 bis 1998 war Frau Dr. Schipanski Vorsitzende des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik Deutschland.

Von 1998 bis 2003 war Frau Schipanski Mitglied der UNESCO-Weltkommission für Ethik in Wissenschaft und Tech-

nologie. Seit 1999 ist sie Präsidentin der Deutschen Krebshilfe e.V. und seit 2000 Mitglied im Kuratorium der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. 1996 erhielt sie das Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Ab 19.30 Uhr freut sich der CDU-Stadtverband, mit einem Glas Sekt die Gäste begrüßen zu dürfen. MdL Gottfried Milde wird Grußworte an die Anwesenden richten. Persönliche Gespräche mit dem Landtagsabgeordneten und den Vorstands- und Fraktionsmitgliedern der CDU sind natürlich möglich. Und schon jetzt heißt die CDU alle Gäste herzlich willkommen und freut sich auf ein zahlreiches Erscheinen. hh

CDU

Mit uns für Griesheim. Wirstschaft fördern.
Steuern senken. Sicherheit stärken

KNARR & KNOPP ZIMMER MÜLLER

RECHTSANWÄLTE · NOTARE · STEUERBERATER

Wir zeigen an, dass vier weitere Kollegen unserer Kanzlei die Erlaubnis erhalten haben, die Bezeichnung eines **Fachanwaltes** zu führen.

Weiter freuen wir uns mitzuteilen, dass uns Herr Kollege **Prof. Dr. Horst Konzen**, insbesondere im Arbeits- und Gesellschaftsrecht, seit einiger Zeit unterstützt.

J. Günter Knopp
Rechtsanwalt und Notar

Martin Zimmer*
Rechtsanwalt und Notar

Thomas Schreer°
Rechtsanwalt

Fachanwalt für Versicherungsrecht

Dr. Thomas Milde°
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt für Steuerrecht

Gottfried Milde°
Rechtsanwalt

Peter Andreas Müller
Rechtsanwalt

Vladimir Modric°
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht

Ralph Klinkel°
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. Stefanie Hitschmann°
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Familienrecht

Gabriele Preuß°
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Steuerrecht

Dr. Matthias Conradi°
Rechtsanwalt

Anne Habermann°
Rechtsanwältin, Schlichterin
Fachanwältin für Arbeitsrecht

Michael B. Roth*
Rechtsanwalt

Stefan Ebert°
Rechtsanwalt

Angelika Schwabe°
Rechtsanwältin

Prof. Dr. Horst Konzen*
Rechtsanwalt

Ralf Vesper°
Dipl.Kfm., Steuerberater

Wilhelm-Leuschner-Straße 73 · 64347 Griesheim

Telefon: (0 61 55) 87 86 60 · Telefax: (0 61 55) 48 57 · www.knarr-knopp.de

° Büro Darmstadt * Büro Frankfurt am Main

**Prof. Dr.-Ing. habil.
Dagmar Schipanski**

Universitätsprofessorin
für Festkörperelektronik



Fax: 03677/468964

E-Mail: praesidentin@landtag.thueringen.de

Persönliche Angaben:

Geboren am 3. September 1943 in Sättelstädt/Thüringen,
evangelisch, verheiratet, drei Kinder.

Ausbildung, beruflicher Werdegang:

- 1962 Abitur
- 1962 - 1967 Studium der Angewandten Physik an der TU „Otto von Guericke“ Magdeburg, Abschluss Dipl.-Ing.
- 1967 - 1985 Assistentin und Oberassistentin an der TH Ilmenau
- 1972 Zusatzstudium am Institut für Halbleiter der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, Novosibirsk
- 1976 Promotion auf dem Gebiet der Festkörperelektronik
- 1985 Habilitation auf dem Gebiet der Festkörperelektronik
- 1985 a. o. Dozentin
- 1990 Professorin für Festkörperelektronik
- 1995 - 1996 Rektorin der TU Ilmenau
- 1996 - 1998 Vorsitzende des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik Deutschland
- 1999 Kandidatin der beiden Unionsparteien CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten
- 1999 - 2004 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Thüringen
- 2002 Präsidentin der Kultusministerkonferenz
- seit 2004 Präsidentin des Thüringer Landtags

Politische und gesellschaftliche Funktionen:

- seit 1999 Senatorin der Max-Planck-Gesellschaft
- seit 2000 Präsidentin der Deutschen Krebshilfe
- seit 2006 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU

Früher ausgeübte Berufe:

- Universitätsprofessorin für Festkörperelektronik
- Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Vergütete und ehrenamtliche Funktionen:

- Mitglied des Verwaltungsrates des mdr
- Vorsitzende des Vorstandes der Lennart-Bernadotte-Stiftung
- Mitglied des Kuratoriums Gemeinnützige Hertie-Stiftung
- Beirat Deutsche Bank Ost
- Mitglied des Kuratoriums des Fraunhofer-Instituts für Digitale Medientechnologie
- 1. Vorsitzende der Gesellschaft für Thüringer Schlösser und Gärten
- Mitglied des Vorstandes SEW-EURODRIVE-Stiftung

Wissenschaftliche Mitgliedschaften:

- seit 1996 Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt
- seit 1998 Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
- seit 1998 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher LEOPOLDINA Halle

Christliche Werte

Grüne ramponieren Respekt vor religiösen Gefühlen

Zu der Forderung des Grünen-Politikers Volker Beck, den Straftatbestand der Gotteslästerung abzuschaffen (Berliner Zeitung, 30.11.2006), erklärt CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla:

Die Forderung von Volker Beck zeigt, dass den Grünen der Respekt vor religiösen Gefühlen abhanden gekommen ist. Der Vorschlag ist obendrein reiner Unfug: Religiöse Gefühle müssen ebenso geschützt bleiben wie die Freiheit der Kunst. Bei-

des sind wertvolle Güter in einer freiheitlichen Demokratie. Es ist eine der großen Leistungen des Rechtsstaates, den Schutz beider sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Bei dieser Aufgabe muss es bleiben.

Offenbar aus Angst vor der Empörung islamistischer Fanatiker will Beck den Schutz der religiösen Gefühle auch der christlichen Mehrheit in unserem Land einfach abschaffen. Wir sollten stattdessen auf unseren Rechtsstaat vertrauen.

www.cdugriesheim.de



Wir bedanken uns bei unseren Gästen für ihre Besuche im vergangenen Jahr und wünschen ein gutes neues Jahr.

Ihr Familie Eva und Miachel Höhl

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag von 14–20 Uhr · Montag Ruhetag

Vorwerk Handelsvertretung

Bernd Schäfer

Oberndorfer Straße 47
64347 Griesheim

01 79 / 111 4019

vorwerk-griesheim@web.de

**ARCHITEKTURBÜRO
MARTIN + ROBERT BIRLI
ARCHITEKTEN VFA-AKH**



**ÜBER 40 JAHRE
KLASSISCHE UND INNOVATIVE
ARCHITEKTENLEISTUNGEN
„KOMPETENZ RUND UMS BAUEN“**

BACHSTRASSE 11
Tel.: 06155-64633
www.MBIRLI.de

Leistungsschwerpunkte:

Beratung · Planung · Ausschreibung
Bauüberwachung und Projektsteuerung
auf allen Gebieten des Hochbaus,
Innenausbau und Städtebau

ESOC-Satellitenkontrollzentrum besichtigt

Die Griesheimer CDU besuchte zusammen mit dem Arbeitskreis Wirtschaft der CDU Darmstadt-Dieburg unter Leitung des Landtagsangeordneten und Vorsitzenden der Griesheimer CDU Fraktion, Gottfried Milde, das Raumfahrtzentrum der ESOC in Darmstadt. Der Direktor für Operationen und Infrastruktur und Leiter des Satellitenkontrollzentrums der ESA, Gaele Winters, ließ es sich nicht nehmen, die Gruppe persönlich zu begrüßen und gab einen Überblick über die Arbeit dieser bedeutenden europäischen Institution. Höhepunkt des Besuchs war natürlich die Besichtigung des Satellitenkontrollzentrums mit einer Darstellung aller bislang von der ESOC betreuten Satellitenmissionen. Die ESOC hat bislang über 50 Satelliten der ESA operationell betreut, darunter Mars Express, Rosetta, Envisat oder Smart-1. Außerdem hat ESOC zahlreiche Missionen anderer nationaler und internationaler Organisationen unterstützt. Aufgrund seiner hoch entwickelten Technik und seiner Spezialisten-Teams ist das ESOC in der Lage, gleichzeitig über zehn Satelliten zu kontrollieren bzw. weltweit renommierte Rettungsaktionen durchzuführen. Gegründet wur-



de ESOC im September 1967. Es beschäftigt gegenwärtig 280 Festangestellte und etwa 520 Mitarbeiter von Vertragsfirmen.

Hochinteressant war auch der zweite Teil des Besuchs. Der neue Geschäftsführer des Galileo-Anwendungszentrums Arne Jungstand informierte über die

Möglichkeiten, die sich durch das neue Satelliten-Navigationssystem für die Region ergeben. Die möglichen Anwendungen seien vielfältig: Der Frankfurter Flughafen, das dichte Straßennetz, große Logistikzentren sowie Geo-Informationssysteme. In all diesen Feldern bö-

ten sich den Unternehmen aus dem Landkreis hervorragende Wachstumschancen. In dem Zentrum sollen Dienstleistungen für Gründer und bestehende Unternehmen angeboten werden, die Galileo-Anwendungen entwickeln und vermarkten wollen.



Beim Helferfest dankten wir unseren „Heizelmännchen“, ohne die vieles nicht zu leisten wäre. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit genutzt unsere neue Werkstatt einzuweihen.

Jahreshauptversammlung der Griesheimer CDU

Treffen im Haus Waldeck bei entspannter Atmosphäre

Die Jahreshauptversammlung 2006 des CDU-Stadtverbandes Griesheim fand auch in diesem Jahr im Pavillon des Hauses Waldeck statt. Diesmal war keine Vorstandswahl erforderlich. Der CDU-Stadtverbandsvorstand ist noch bis Ende 2007 gewählt. Deshalb trafen sich die Mitglieder, Gönner und Förderer der CDU, um in einem familiären Rahmen Ehrungen vorzunehmen und einen geselligen Abend zu verbringen.

Zu Beginn des kurzen offiziellen Teils der Veranstaltung wurde der in diesem Jahr verstorbenen CDU-Mitgliedern gedacht. Dann erstattete Schatzmeister Andreas Ostrowski einen Kurzbericht über die Kasse des Stadtverbandes. Hier steht es um die finanzielle Lage zur Zeit nicht schlecht. Zwar hat der Kommunalwahlkampf erhebliche Kosten verursacht, doch eine vorausschauende Finanzpolitik des Vorstandes und ein gutes Beitragsaufkommen der CDU-Mitglieder haben die Kosten abgefangen.



Bildunterschrift (Text von CD lässt sich nicht öffnen)


**Haigernhof
nothnagel**
Garten- und Landschaftsbau

Jetzt den Sommer planen:



Teichanlagen
Schwimmteiche
Außenanlagen

Anerkannter
Fachbetrieb 



TeichProfi
Natur Pools & Gartenteiche
vom Spezialisten

Haigernhof * 64347 Griesheim * Tel: 0 61 55 / 82 57-0
www.nothnagel-galabau.de

Danach ging der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Klaus Rinecker in einem Kurzbericht auf die Arbeit des Vorstandes im zurückliegenden Jahr ein. Hervorzuheben waren außer dem intensiven Kommunalwahlkampf insbesondere der Neujahrsempfang mit Dr. Günther Beckstein, das traditionelle Heringessen und der neue CDU-Standort beim Griesheimer Zwiebelmarkt. Dieser wurde von den Griesheimer Bürgerinnen und Bürgern positiv aufgenommen. Leider mußte der Stadtverbandsvorsitzende aber auch mitteilen, daß die Kommunalwahl Ende März trotz des hohen personellen CDU-Einsatzes nicht die erhofften Früchte in Form von zusätzlichen Sitzen im Stadtparlament getragen hat. Ein zusätzlicher Sitz wurde nur knapp verfehlt. Nach Ansicht von Rinecker ist es der SPD nur durch Werbung mit der Person des Bürgermeisters wieder gelungen, die absolute Mehrheit in Griesheim zu verteidigen. Ein Blick in den Landkreis zeigt, dass Parteien, welche den Bürgermeister stellen, bei den Kommunalwahlen in der Regel einen taktischen Vorteil haben.

Klaus Rinecker konnte an diesem Abend auch schon die Gastrednerin für den Neujahrsempfang der Griesheimer CDU am 17. Januar 2007 bekannt geben. Es wird die Präsidentin des Thüringer Landtages, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski sein, die in den Festsaal „Zöllerhannes“ kommt. Auch auf das am Aschermittwoch, den 21. Februar 2007 stattfindende Heringessen konnte schon hingewiesen werden.

Als nächstes berichtete der Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde aus der Arbeit der Fraktion. So habe die CDU einen Kunstrasenplatz in Griesheim gefordert. Dies wurde vom politischen Gegner im Wahlkampf als unseriös verunglimpft. Jetzt aber wird die CDU-Forderung umgesetzt. Das geforderte kostenfreie Kindergartenjahr wurde vom Bürgermeister anfangs abgelehnt. Jetzt bringt er eine eigene Magistratsvorlage ein und setzt den CDU-Antrag um. Auch der von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag auf eine „Seniorenwerkstatt“, ein Treffpunkt von Jung und Alt, soll umgesetzt werden.

CDU Griesheim: BAMBINI in Griesheim umgesetzt

Klare Gewinner sind Eltern und Kinder

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Griesheim, Gottfried Milde MdL, begrüßt die Beteiligung der Stadt Griesheim am Landesprogramm BAMBINI. BAMBINI – Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren – ist ein rund 100 Millionen Euro umfassendes Förderprogramm des Landes Hessen zur Entlastung von Eltern mit Kindergartenkindern und unter Dreijährigen. 65 Millionen Euro (der sog. Elternbeitragsentlastungsfonds) dienen dazu, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. „Damit gehört Hessen zu den Vorreitern unter den Bundesländern“, stellte Milde zufrieden fest: „Bislang ist nur in Rheinland-Pfalz und im Saarland das letzte Kindergartenjahr für Eltern beitragsfrei.“ Weitere 45 Millionen Euro werden für den Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige zur Verfügung gestellt. Hessenweit können gut 56.000 Kinder von der Regelung profitieren.

Um an dem Förderprogramm teilnehmen zu können, müsse eine Kommune einen förmlichen Antrag stellen, erklärte Milde das Procedere. „Als CDU haben wir in Griesheim bereits im Sommer beantragt, sich an BAMBINI zu beteiligen. Jetzt wurde im Sozialausschuss in Griesheim der Antrag mit einer Änderung der Kitagebührensatzung zum 1.1.2007 umgesetzt!“ freute sich der CDU-Politiker.

Die teilnehmenden Kommunen erhielten pro Kind und Monat 100 Euro aus dem Elternbeitragsentlastungsfonds, erläuterte Milde weiter. Dafür müsse die Gemeinde allerdings nachweisen, dass die Eltern für die Betreuung keinen Beitrag mehr bezahlen müssen und die Kinder bis 13 Uhr in der Obhut der Betreuungseinrichtungen bleiben können.

„In Griesheim ist nun der Weg frei für ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr – und damit für eine spürbare finanzielle Entlastung der Eltern!“ Schließlich

seien in Griesheimer Kindergärten bislang 80 Euro pro Monat für einen Regelkindergartenplatz und 95 Euro pro Monat für einen Kindergartenplatz mit verlängerten Öffnungszeiten zu zahlen gewesen, führte Milde aus. „Das fällt jetzt komplett weg!“

Erhebliche finanzielle Erleichterungen biete das Programm auch für die Mittags- und die Ganztagsverpflegung. Der Mittagessenplatz koste zukünftig nur noch 10 Euro plus Verpflegungskosten statt bisher 110 Euro, der Ganztagsplatz 25 Euro statt bislang 125 Euro. „Auch hier werden die Eltern um stattliche Summen entlastet: immerhin 100 Euro pro Kind und Monat!“ lobte der Unionspolitiker. Die Lösung gelte wohlgemerkt sowohl für die städtischen Kitas als auch für Einrichtungen in kirchlicher und sonstiger freier Trägerschaft.

Der Ausbau der U3-Betreuung wird mit 100 Euro je neu geschaffenen Halbtagsplatz (bis zu fünf Stunden) oder 200 Eu-

ro je Ganztagsplatz (über fünf Stunden) gefördert. Diese Regelung gilt gleichermaßen für Krippen und Krabbelgruppen, altersübergreifende Gruppen und Tagesmütter.

Zufrieden äußerte sich Milde darüber, dass der sozialdemokratische Griesheimer Bürgermeister Leber und seine Partei ihren anfänglichen Widerstand gegen die Umsetzungen des BAMBINI-Programms aufgeben hätten und dem Antrag der CDU gefolgt seien. Auch die SPD habe einsehen müssen, dass diese Maßnahmen sinnvoll seien. „Daran gibt es einfach nichts zu deuteln: Kinder und Eltern sind die klaren Gewinner dieses Programms! Und landesweit ist das Programm auch deshalb sinnvoll, weil jetzt Eltern sowohl in reichen Kommunen (die das schon länger beschlossen hatten) als auch in ärmeren Gemeinden in den Genuss kostenfreier Angebote im dritten Kindergartenjahr kommen“ so Mildes Urteil.



Die Kneipe am Kreuz
LABOR
Griesheim, täglich ab 19 Uhr
Frankfurter Straße 1 · Tel. 0 6 1 5 5 / 8 2 3 7 4 7 · www.griesheimer-labor.de

GASTSTÄTTE
„Zum Odenwald“
Schöneweibergasse 29 · Griesheim · Telefon 82 26 44
Treffpunkt für alle Griesheimer
Griesheim · Schöneweibergasse 29
Telefon 0 6 1 5 5 / 8 2 - 2 6 - 4 4

„Zum Goldenen Kegel“
Bürgerliche Gaststätte – Partyservice – Hofterrasse
Vier Bundeskegelbahnen mit moderner Technik
64347 Griesheim · Georgstraße 36 · Telefon 0 6 1 5 5 / 2 5 5 0
Parkplatz am Haus
Bahn frei für die deutsche Küche
Bei uns können Sie sich gleichzeitig dem körperlichen und dem leiblichen Wohl widmen. Betätigen Sie sich sportlich auf unseren Kegelbahnen und genießen Sie unser hervorragendes Speiseangebot.
Preiswerte Sonntagmittag-Menüs
Flott und freundlich serviert – vier Gerichte inklusive Suppe und Dessert. Natürlich können Sie auch nach Karte speisen.
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag ab 17 Uhr · Samstag ab 18 Uhr
Sonntag von 10 bis 14 Uhr und von 17.00 bis 22.00 Uhr

HD IMMOBILIEN
Tchibo
Dingeldein am Markt
Fachgeschäft für internationale Presse-Erzeugnisse
Griesheim · Tel. 0 6 1 5 5 / 1 4 6 7 · www.ski-dingeldein.de
SKI Das Millikopiergerät
LOTTO

Nur Änderung des Grundgesetzes liefert eindeutige rechtliche Grundlage

„Unser Staat darf nicht wehrlos sein gegenüber terroristischen Angriffen aus der Luft“, erklärte heute Hessens Innenminister Volker Bouffier. Die Sicherheitsbehörden in Deutschland benötigen sowohl die tatsächlichen als auch die rechtlichen Möglichkeiten, ein Flugzeug, das von Terroristen als Waffe eingesetzt wird, auszuschalten, so Bouffier weiter. Hessens Innenminister schloss sich in diesem Zusammenhang den Überlegungen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble an, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. „Wer nicht bereit ist zu handeln, bleibt gegenüber solchen Gefahren hilflos“, sagte der Minister.

Bouffier hält den Vorstoß Schäubles für richtig, „weil nur eine Änderung des Grundgesetzes eine eindeutige rechtliche Grundlage liefert, um die Bürger vor terroristischen Angriffen dieser Art wirksam zu schützen“, hob der Minister hervor.

Er betonte, dass beispielsweise der Irrflieger am 5. Januar 2003 in Frankfurt gezeigt habe,



H. W. Müller

„Die Briefkastenfirma“

Service · Reparatur · Beschriftung · Planung und Verkauf von Briefkästen sowie Anlagen-, Entreeaccessoires u. v. m.

64347 Griesheim · Bessunger Straße 29
Telefon 061 55/22 37 · Fax 061 55/30 20
HWMBKF@gmx.de

FORDERN SIE UNS!

„dass es derzeit an der rechtlichen Grundlage sowie an einer klaren Kompetenzregelung zur Verhinderung von unmittelbar drohenden Unglücksfällen oder der Abwehr von Gefahren aus der Luft mangelt“, so Bouffier.

Mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative habe Hessen bereits im Jahr 2004 gemeinsam mit den Ländern Bayern, Sachsen und Thüringen eine bundeseinheitliche Regelung für den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz bei terroristischen Bedrohungen vorbereitet



Alptraum des Schreckens.

CDU

Griesheim

www.cdugriesheim.de

Habt Ihr es schon gehört?

Gasthaus

Kölner Hof

Inh. Horst Roschke
Bessunger Straße 185 · 64347 Griesheim

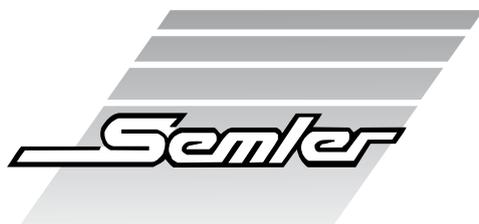
Nach 50 Jahren nahmen wir die Leitung wieder selbst in die Hand.

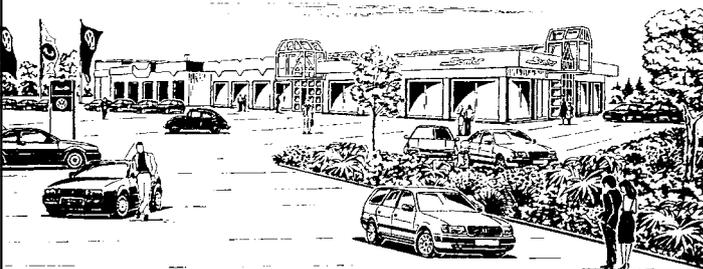
Wir würden uns freuen,
Euch begrüßen zu dürfen!

Die Roschkes vom Schießplatz

UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN:
Montag–Freitag von 16–24 Uhr
Samstag Ruhetag · Sonntag von 18–24 Uhr

Telefon 60 43 44





Unser Leistungsprogramm:

Audi Volkswagen	Reparaturwerkstatt
Gebrauchtwagen	Spezialwerkstatt
Volkswagen Leasing	Reifenservice
Volkswagen Kreditbank	Schnelldienst/Ölwechsel
VVD-Versicherungsdienst	TÜV-Service
Mietwagen Ersatzwagen	AU-Service
Fahrdienst	Karosserie-Fachbetrieb

64347 Griesheim
Ottostraße 16-18
Tel. (0 61 55) 83 80-0
Fax (0 61 55) 83 80-99





Wir wollen innere Sicherheit

Innere Sicherheit bleibt auch in Zukunft Priorität unseres Regierungshandelns. Die Aufklärungsquote soll in der Legislaturperiode auf über 50 % gesteigert, die Kriminalitätsbelastung gesenkt werden.

Die Eckpunkte unserer Sicherheitspolitik sind: Eine gute personelle und materielle Ausstattung, ein modernes rechtliches Handlungsinstrumentarium, das ausreichende Befugnisse auf solider rechtsstaatlicher Grundlage bietet, Bürgerorientierung und Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Eine besondere Herausforderung stellt der Kampf gegen den internationalen Terrorismus dar. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Bevölkerung unseres Landes

wirksam vor dieser Bedrohung zu schützen.

Zur Inneren Sicherheit gehört auch die Abwehr von Schäden durch Feuer und andere Naturgewalten. Deswegen setzen wir uns auch für einen schlagkräftigen Brand- und Katastrophenschutz ein.

1. Personelle und materielle Ausstattung der Polizei
2. Prävention ausbauen
3. Bekämpfung einzelner Kriminalitätsfelder
4. Rechtliches Instrumentarium fortentwickeln
5. Verfassungsschutz stärken
6. Wirksamer Katastrophenschutz
7. Brandschutz auf hohem Niveau



Ministerpräsident Roland Koch.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Zum ersten Mal seit 50 Jahren im Dezember

Die Zahl der Erwerbslosen in Hessen ist im Dezember entgegen dem Bundestrend gesunken. Während die Bundesagentur für Arbeit (BA) auf dem hessischen Arbeitsmarkt ein Rückgang um 0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat verzeichnete, ergab sich bei der bundesweiten Arbeitsmarktentwicklung dagegen ein leichter Anstieg um 0,3 Prozent.

„Zum ersten Mal seit 1950 sind die Arbeitslosenzahlen für den Monat Dezember im Vergleich zum Vormonat nicht gestiegen. Das ist schon fast eine kleine Sensation“, erklärte der Leiter der hessischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Wolfgang Forell, bei der Veröffentlichung der Zahlen. Ursache für die positive Entwicklung sei neben der guten konjunkturellen Lage auch das milde Wetter im Dezember gewesen. Laut Bundesagentur waren im Dezember in Hessen 252.000 Menschen ohne Arbeit, was einer Quote von 8,1 Prozent entspricht. Im November lag die Quote noch 0,1 Prozentpunkten höher, im Vorjahr betrug sie 9,4 Prozent.

Der positive Abschluss auf dem hessischen Arbeitsmarkt

lasse die Erwartungen für das laufende Jahr steigen. Für 2007 geht die Regionaldirektion der BA in Hessen von einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von bis zu acht Prozent aus. Nach der aktuellen Beschäftigungsprognose für das Rhein-Main-Gebiet ist dort laut BA bis Ende 2007 mit einem Beschäftigungsanstieg von 0,9 Prozent zu rechnen.

Eine „erfreuliche Entwicklung“ zeige sich auch bei der Rückkehr von Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigung. Während die hessischen Agenturen für Arbeit im Dezember einen Anstieg von 148 Langzeitarbeitslosen oder 0,2 Prozent verzeichnen mussten, sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen um 1.487 oder 0,9 Prozent.

Auch junge Erwachsene unter 25 Jahre profitierten im Dezember 2006 vom Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Im Vergleich zum Vormonat sank die Zahl um 3,1 Prozent, im Vergleich zum Dezember 2005 sogar um 25,3 Prozent.

Derzeit liegen den hessischen Arbeitsagenturen noch 33.000 offene gemeldete Stellen vor.



Wir geben Ihrem Hof ein neues Gesicht.

Sauber, schnell, preiswert.

Wir gestalten Ihre Einfahrt, Einstellplätze, Hof usw. mit Öko- und Verbundpflastersteine in allen Formen und Farben

Wir erledigen sämtliche Erd- und Aushubarbeiten.

Rufen Sie uns an und vereinbaren Sie einen Termin.



Gerhart-Hauptmann-Straße 14 · 64347 Griesheim
Telefon 061 55/610 41-43
Telefax 061 55/64004

Haushalt 2007: „Hessen ist Vorbild“



Gottfried Milde, MdL

„Der Haushaltsentwurf 2007 zeigt, dass wir den erfolgreichen Weg des vergangenen Jahres fortführen“, zieht der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde, Bilanz. „Sinnvoll investieren und tüchtig sparen“, gibt Milde das Ziel für das Haushaltsjahr 2007 vor und lobt den Hessischen Finanzminister Weimar für seine „seriöse und vorausschauende“ Planung. „Insgesamt können wir optimistisch in die Zukunft

blicken. Die im Wahlprogramm versprochenen Schwerpunkte Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft werden auch im Haushalt 2007 systematisch und Punkt für Punkt umgesetzt. In allen Ressorts werden Bereiche, die für die zukünftige Entwicklung Hessens von besonderer Bedeutung sind, aufgestockt“, so der CDU-Finanzpolitiker.

„Unsere Kommunen und die Familien sind die klaren Gewinner des Haushaltsentwurfes 2007“, freute sich Milde. So könnten die Kommunen im kommenden Jahr mit rund 420 Millionen Euro Mehreinnahmen aus den Mitteln des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA) rechnen; Familien könnten sich auf erhebliche Entlastungen im Zuge des BAMBINI- Programms freuen. Die mit der ‚Operation Sichere Zukunft‘ eingeleitete verbesserte Kontrolle der Ausgaben werde auch 2007 fortgeführt. „Durch diese Maßnahme sparen wir allein 2007 rund 700 Mio. Euro an Ausgaben ein“, erklärte Milde dazu. Zusammen mit den stark steigenden Steuereinnahmen könne das Land das Volumen an notwendigen Vermö-

gensveräusserungen deutlich senken und dennoch die Neuverschuldung weiter reduzieren. „Hessen ist das finanzstärkste Bundesland in Deutschland. Wir sind Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich und haben gleichzeitig neben Bayern die niedrigste Neuverschuldung in Deutschland“, freut sich Milde. Hessens Finanzpolitik sei damit Vorbild für alle anderen Bundesländer.

Die Vorschläge der Opposition zum Haushaltsplan 2007 bezeichnete der Griesheimer Unionspolitiker als völlig unrealistisch und in der Sache nicht hilfreich. „Einerseits fordern SPD und Grüne die Reduzierung der Neuverschuldung, auf der anderen Seite wollen sie Geld für immer neue Aufgaben ausgeben. Solche Zahlenspiele sind unseriös und völlig absurd. Wir halten es für unanständig, den Leuten mehr zu versprechen, als man derzeit bezahlen kann“, stellte Milde klar.

FWG-Untersuchungsausschuss

Ein viel diskutiertes Thema im Landtag ist auch der FWG-Un-

tersuchungsausschuss. Gottfried Milde hat dazu eine klare Meinung: „Es ist der in Wiesbaden übliche parteipolitische Klamauk der Opposition, der allerdings einem wichtigen parlamentarischen Instrument erheblichen Schaden zufügt. Roland Koch und Volker Bouffier haben bereits in der Sondersitzung des Haupt- und Innenausschusses alle Fragen beantwortet und den wahren Sachverhalt umfassend und detailliert dargelegt. Daher ist dieser Ausschuss schon jetzt obsolet.“ Die CDU wolle die Untersuchung nun schnellstmöglich durchführen, „da wir diese an sich klare Tatsache möglichst rasch endgültig und allgemeinverbindlich geklärt haben möchten.“ Dem Erweiterungsantrag seiner Fraktion zufolge sei zu klären, „inwieweit die Spitzen der Freien Wähler seit 1992 Einfluss auf Landesregierungen, Parteien und Fraktionen genommen haben mit dem Ziel, Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten und wie die jeweiligen Landesregierungen, Parteien und Fraktionen damit umgegangen sind.“

Es sei aber bereits deutlich geworden, dass die FWG schon seit 10 Jahren von den Parteien Geld zur Finanzierung auf kommunaler Ebene einfordere. Koch, aber auch FDP und SPD hätten immer klargestellt, dass eine Doppelfinanzierung der Freien Wähler nicht in Frage komme. Eine solche Bevorteilung der FWG gegenüber den ‚normalen‘ Parteien entstände, wenn die Freien Wähler zur Landtagswahl antreten und zugleich Kostenerstattung für Kommunalwahlen erhielten. „Und Koch hat immer verlangt, dass SPD und FDP in die Frage der Finanzierung mitbezogen werden. Das hat FDP-Chef Hahn ausdrücklich bestätigt. Die Einbindung der anderen Parteien zeigt, wie absurd der ungeheuerliche Vorwurf der Erpressung ist. Die FWG ist diesbezüglich mittlerweile zurück gerudert“, so Milde.

Bericht aus Wiesbaden

Infrastrukturpolitik erhält Bestnoten – Straßenbaumittel so hoch wie nie

Seine günstige Lage zu den europäischen Märkten und die exzellente Verkehrsinfrastruktur stellt für Hessen ein riesiges Wirtschaftspotenzial dar – und einen klaren Mobilitätsvorsprung vor anderen Bundesländern und Regionen. Diesen Standortvorteil will die Hessische Landesregierung im Wettbewerb mit anderen Regionen erhalten und weiter ausbauen. „Allein 2006 haben wir 75 Millionen Euro in den Ausbau der Infrastruktur investiert, im kommenden Haushaltsjahr wird diese Summe noch einmal um 10 Millionen Euro auf insgesamt 85 Millionen Euro erhöht. Im Jahr 2008 wird das Gesamtvolumen für den Landesstraßenbau dann 100 Millionen Euro betragen“, kündigte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde an. „Nur zum Vergleich: Im letzten

Regierungsjahr der rot-grünen Vorgängerregierung betrug die Straßenbaumittel lediglich 28 Millionen Euro!“

Mit politischer Beharrlichkeit und Verhandlungsgeschick setzt die Landesregierung die gesteckten Ziele im Regierungsprogramm um – Schritt für Schritt. Sie verfolgt dabei ein doppeltes Ziel: Zum einen wird in Hessen die Verkehrsinfrastruktur der Zukunft aufgebaut – „die Landesregierung sichert Mobilität und damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes“, so Milde. „Mit dem Bau notwendiger Ortsumgehungen und der Modernisierung von Schienestrecken des Regionalverkehrs wird aber auch dem Ziel der Erhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen entsprochen“, erläuterte der Unionspolitiker. Der Erfolg bleibt nicht aus: in kei-

nem anderen Bundesland wird die Förderung der Infrastruktur so positiv eingeschätzt wie in Hessen. „Die erfolgreiche Infrastrukturpolitik hat in Hessen dazu geführt, dass sich in den letzten Jahren zahlreiche nationale und internationale Unternehmen hier angesiedelt haben“, sagte der CDU-Politiker. „Diese positive Bilanz spornt uns an, auch in Zukunft die Chancen zu nutzen, die der Ausbau der Infrastruktur für Hessen bietet.“

Hofstädter GmbH

HEIZUNG · SANITÄR · KUNDENDIENST

64347 Griesheim
Darmstädter Straße 21

Telefon 06155/2236
e.hofstaedter@t-online.de

Unterrichtsgarantie, Studienbeiträgen und Flughafenausbau

FAZ

Sie haben für das nächste Jahr drei Wünsche frei.

ROLAND KOCH

So viel Glück habe ich selten: drei Wünsche auf einmal. Ich hoffe, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen wie prognostiziert noch besser anläßt als in einer sich erfreulich entwickelnden deutschen Wirtschaft. Ich hoffe zudem, daß wir unsere wichtigen Projekte in der Infrastruktur, insbesondere den dringend notwendigen Ausbau des Frankfurter Flughafens, plangemäß fortsetzen können. Und ich hoffe, daß wir es schaffen, weiterhin so viele Menschen im Ehrenamt zu bewegen, sich mit vielen Ideen um viele Dinge in Sport, Kultur oder im sozialen Bereich zu kümmern, die der Staat allein gar nicht regeln kann und auch nicht sollte.

FAZ

Wir bieten Ihnen eine „Wunschgarantie plus“: Müßten Sie sich nicht auch wünschen, daß es mit der „Unterrichtsgarantie plus“ besser klappt?

ROLAND KOCH

Wir sind sehr zufrieden mit dem, was wir erreicht haben. Wir Deutschen neigen ja manchmal zu Perfektionismus und erwarten, daß ein Projekt an zweitausend Schulen in Hessen auf Knopfdruck reibungslos anläuft. Daß uns nur noch wenige Menschen in den Schulen auf Schwierigkeiten aufmerksam machen, zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Erstmals in Deutschland machen wir Schule aus zu einer Dienstleistung für Schüler und Eltern, indem wir den Unterricht, der zu erteilen ist, auch unter Vertretungsbedingungen aufrechterhalten. Das hat noch niemand in Deutschland probiert.

FAZ

Wäre es nicht dennoch zutreffender, von einer Betreuungsgarantie statt von einer Unterrichtsgarantie zu sprechen?

ROLAND KOCH

Im Konzept „Verlässliche Schule – Unterrichtsgarantie plus“ waren immer zwei Elemente angelegt. Erstens: Wenn auf dem Stundenplan steht, daß Kinder in der Schule sind, sollen sich Eltern darauf verlassen können,

daß die Schüler nicht früher nach Hause geschickt werden. Das ist in Hessen als erstem Bundesland inzwischen verwirklicht, und verlässliche Betreuung hat einen hohen Wert. Zweitens: Schülerinnen und Schüler müssen Abschlußarbeiten schreiben, die im ganzen Land gleich sind. Deshalb haben sie einen Anspruch darauf, daß man sich auch gleichmäßig um Unterricht kümmert. Doch Unterricht ist ja nicht nur das sture Abarbeiten des Lehrplans, sondern besteht auch aus Wiederholen, um die nächste Stunde leichter zu machen. Das kann auch in einer Vertretungsstunde passieren. Und auch Vertretungslehrer, die uns dabei helfen, sind eine Bereicherung für die Schule.

FAZ

Sie befürchten also nicht, dieses Thema könne Ihnen die Landtagswahl vermässeln?

Auf gar keinen Fall. Am Ende wird es ein weiterer Beweis dafür sein, wie stark und letztlich erfolgreich wir die Schullandschaft in Hessen verändert haben.

FAZ

Wissen Sie, wie viele Studenten in Hessen wahlberechtigt sind?

ROLAND KOCH

Da wir 160.000 Studentinnen und Studenten haben, gehe ich davon aus, daß ein erheblicher Teil von ihnen in Hessen Wahlrecht hat.

FAZ

Befürchten Sie nicht, daß Ihnen die Studenten oder auch deren Eltern bei der Landtagswahl wegen der Studiengebühren in die Parade fahren?

ROLAND KOCH

Bei allem, was man über Protestaktionen gelesen hat, darf man nicht vergessen, daß sich vielleicht zwei- oder dreitausend Studenten von den 160.000 an den Demonstrationen beteiligt haben, die allerdings zeitweise fast täglich. Die Mehrheit weiß, daß es inzwischen in vielen Ländern um uns herum Studiengebühren gibt und am Ende überall geben wird. Die Studenten werden uns im nächsten Jahr daran messen, ob die Qualitätsverbesserungen für die Studierenden spürbar werden,

die die Universitäten mit diesem zusätzlichen Geld herbeiführen müssen. Das ist für die Universitäten genauso eine organisatorische Herausforderung wie für viele Schulen jetzt die „Unterrichtsgarantie plus“. Wenn wir das schaffen, werden wir damit auch so viel Akzeptanz haben wie in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Wir sind ja in Hessen nicht auf einer Insel, sondern wir vollziehen etwas nach, was aus wohlwolleren Gründen andernorts bereits Realität ist. Übrigens hat die SPD in Baden-Württemberg Studiengebühren zu einem Hauptthema gemacht. Die Wählerinnen und Wähler haben das eindeutig akzeptiert.

FAZ

Sind Sie sicher, daß der Staatsgerichtshof Ihnen auch folgen wird?

ROLAND KOCH

Selbstverständlich sind wir davon überzeugt, daß das Gesetz im Rahmen der hessischen Verfassung korrekt ist. Sonst hätten wir es weder eingebracht noch im Landtag beschlossen.

FAZ

In gut einem Jahr ist Landtagswahl. Müßten Sie sich nicht auch wünschen, der Fall Kanther und damit die Schwarzgeldaffäre der hessischen CDU wären schon abgeschlossen und würden im nächsten Jahr vor Gericht nicht abermals aufgerollt?

ROLAND KOCH

Ich glaube, daß das kein Gegenstand des öffentlichen Interesses mehr sein wird.

FAZ

Aber es kann Ihnen doch nicht recht sein, vor der Wahl noch einmal mit der Finanzaffäre der CDU konfrontiert zu werden.

ROLAND KOCH

Die Bürger haben der CDU und mir bei diversen Wahlen seitdem mehrfach das Vertrauen ausgesprochen. Das war wahrlich 2000 keine leichte Zeit, aber wir haben sie mit viel Aufklärungsarbeit und Konsequenzen bewältigt.

FAZ

Eigentlich müßte auf Ihrem Wunschzettel auch stehen, daß Biblis bald wieder ans Netz geht, denn nach Ihrer Überzeu-

gung kommt ein moderner Industriestaat ohne Kernenergie nicht aus.

ROLAND KOCH

Als noch wichtiger steht auf meinem Wunschzettel, daß Biblis eine mittelfristige Betriebsperspektive hat. Dabei geben wir in puncto Sicherheit keinen Rabatt. Die Frage ist: Wie versorgen wir strukturell ein Land dauerhaft mit preiswertem Strom? Hier hoffe ich, daß es uns gelingt, die große Koalition in Berlin zu überzeugen, kein Kernkraftwerk abzuschalten, bevor man weiß, was Neues kommt. Und Biblis deckt weit über die Hälfte des hessischen Strombedarfs.

FAZ

Sie wollen Ihren ganzen Einfluß geltend machen, um den Atomausstieg zu stoppen?

ROLAND KOCH

Zunächst einmal geht es für Biblis um die Nutzung der Möglichkeiten, die der sogenannte Atomkonsens aus der Zeit der rot-grünen Bundesregierung geschaffen hat. Wir wollen, daß Strommengen, die auf die deutschen Kernkraftwerke angerechnet, für Biblis A und B genutzt werden können. Das ist nach diesen Vereinbarungen möglich, es bedarf der Zustimmung der Bundesregierung. Ich halte den sogenannten Atomkonsens für falsch, weil nicht geklärt ist, was danach passiert.

FAZ

Sie hatten große Pläne, mit einem beachtlichen Finanzvolumen die Rhein-Main-Region zur führenden Kulturregion zu machen. Was bisher erreicht wurde, muß für Sie ein Schlag ins Wasser sein.

ROLAND KOCH

Ich bin wesentlich zufriedener als die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Aber man muß die Maßstäbe und Alternativen sehen. Ich möchte die Region nicht wie die SPD in einen Zwangs-Großkreis umwandeln. Deswegen möchte ich die Region davon überzeugen, daß sie sich als Einheit definieren muß. Die Androhung des Pflichtverbandes und das Ergebnis der Mediation haben bewirkt, daß die Region am Beispiel der Kulturpolitik beginnt, gemeinsam zu denken. Die Stadt Frankfurt hat seit Be-

ginn dieses Verfahrens gesagt, sie wolle durch die Neuordnung nicht mehr Geld für eigene Kultureinrichtungen bekommen, als sie zur Zeit ausgibt. Das hat die Geschäftsgrundlage für die Mediation erleichtert. Nun ist jeder Gemeinde klar, daß sie nicht für Frankfurt zahlt, sondern neue Kulturprojekte ermöglicht. Allerdings sind die fünf Euro pro Einwohner ...

FAZ

Zunächst sind es 2,50 Euro.

ROLAND KOCH

... die von 2011 an aufgebracht werden, aus meiner Sicht nicht der letzte Schritt. Die zusätzlichen Landesmittel eingerechnet, kommen wir an ein Volumen von fast zwanzig Millionen Euro heran. Das ist ein Vielfaches von dem, was alle Kultureinrichtungen der Region zur Zeit für künstlerisches Arbeiten haben. Daß ich mir von den Kommunen mehr Geld wünsche, bleibt so, aber das macht den Schritt nicht kleiner, der jetzt gegangen wird. Nach Jahrzehnten des Stillstands wird es mit Standortmarketing und Kultur demnächst zwei Punkte geben, an denen die Region gut zusammenarbeiten wird.

FAZ

Halten Sie sich die Möglichkeit offen, der Region noch einmal mit einem Pflichtverband zu drohen?

ROLAND KOCH

Einen solchen Druck kann man nicht ewig aufrechterhalten. Wir müssen sehen, ob Kreise und Gemeinden auf der Basis des Mediationsergebnisses zu Vereinbarungen kommen. Wenn das geschieht, wird die Landesregierung prüfen, ob sich ein Pflichtverband erledigt hat.

FAZ

Sind Sie zufrieden mit der Bereitschaft der Wirtschaft, sich an der Kulturförderung zu beteiligen?

ROLAND KOCH

Die Wirtschaft ist im Augenblick aufgrund dieser theoretischen Diskussion nicht in der Lage, schon zu sagen, wie sie sich beteiligt. Es wäre sehr schön, wenn sie zu einem Mäzenatentum in einer kalkulierbaren Form bereit wäre. Doch zunächst sind die Kommunen am Zug, die kulturelle Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Wir werden als Land dabei helfen und die Wirtschaft hoffentlich auch.

FAZ

Frankfurt hat Ihre Idee nicht so gefördert, wie Sie es sich hätten

wünschen können. Haben Sie sich von der Frankfurter Oberbürgermeisterin mehr Unterstützung versprochen?

ROLAND KOCH

Ich habe das Projekt in sehr enger Zusammenarbeit mit Oberbürgermeisterin Roth betrieben. Es war eine richtige und kluge politische Entscheidung der Stadt Frankfurt zu sagen, was wir zur Zeit kulturell bieten, tragen wir selbst, aber wir müssen über die Grenzen unserer Möglichkeiten reden. Ohne die Art, wie Oberbürgermeisterin Roth mit diesem Thema umgegangen ist, wäre es sicherlich schwieriger geworden.

FAZ

Sie wünschen sich also, daß Frau Roth am 28. Januar wiedergewählt wird.

ROLAND KOCH

Aber selbstverständlich, was für eine Frage. Als Vorsitzender der hessischen CDU wünsche ich das nicht nur intensiv, sondern werde Petra Roth auch im Wahlkampf tatkräftig unterstützen.

FAZ

Flughafenausbau: Ist mit der Einigung zwischen Fraport und Ticono über die Verlegung des Chemiewerks der größte Brocken beiseite geräumt, der den Ausbau noch behindern kann?

ROLAND KOCH

Das größte Risiko für Ausgang und vor allem Zeit des Planungsverfahrens ist durch die Entscheidung der Fraport AG beseitigt worden, sich mit Celanese-Ticono zu verständigen. Deshalb ist für die Genehmigungsbehörden das Verfahren sehr viel übersichtlicher und für alle Beteiligten kalkulierbarer geworden. Aber entschieden wird am Ende. Deshalb sollte man sich nicht in Sicherheit wiegen, sondern sehr sorgfältig auch die weiteren Schritte im nächsten Jahr bedenken. Kein Zweifel! Für die Zukunft des Rhein-Main-Gebiets ist der Ausbau das wichtigste Projekt. Jedenfalls lasse ich daran nicht zweifeln.

FAZ

Hätten Sie sich für die Landtagswahl 2008 als Konkurrenten von der SPD lieber den verbindlicheren Fraktionsvorsitzenden Jürgen Walter gewünscht als die angriffslustige Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti?

ROLAND KOCH

Ich habe beschlossen, mich da nicht einzuschalten. Das muß die SPD mit sich ausmachen. Jeder Kandidat hat sein beson-

deres Profil, kein Kandidat der SPD in Hessen ist ein einfacher Kandidat. Sicherlich werden die Formen der Auseinandersetzung anders sein. Frau Ypsilanti ist eine Kandidatin, die fast fundamentalistisch linke Positionen in der SPD vertritt, die selbst von der Bundespartei seit vielen Jahren abgelehnt werden. Mit ihrer ziemlich aggressiven, negativen Einstellung gegenüber allem Unternehmerischen wird sie erklären müssen, wie das wirtschaftlich erfolgreichste Land der Bundesrepublik seine großen Leistungen in Bildung, Sozialpolitik und auf anderen Feldern in Zukunft finanzieren soll. Wir werden den Wahlkampf nicht als Spaziergang betrachten.

FAZ

Sie sind ein Freund klarer Worte und klarer Abgrenzung. Müssen Sie sich gegenüber einer Frau zurückhalten?

ROLAND KOCH

Es ist das erste Mal, daß ich einer Herausforderin gegenüberstehe, und ich behaupte nicht, daß da alles gleich ist, aber ich glaube, daß man damit umgehen kann. Denn mein Ziel ist die Klarheit in der Sachauseinandersetzung, ich will nicht die Person treffen. Die Bürger werden sehen, daß es ziemlich unterschiedliche Zukunftsentwürfe gibt, um die es geht. Und das ist bei einer Wahl ja nichts Schlechtes.

FAZ

Mit welchen Themen wollen Sie punkten und sich von der SPD abgrenzen?

ROLAND KOCH

Wie schaffen wir eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur? Ein Thema, das ich am Ende der rot-grünen Koalition unbearbeitet vorgefunden habe. Wie schaffen wir attraktive Bedingungen für die Wirtschaft, die in unserem Land Arbeitsplätze schafft? Alles Themen, bei denen Frau Ypsilanti zu jeder möglichen Zeit versucht, den Unternehmen das Leben möglichst schwer zu machen, was auch Arbeitsplätze kosten würde. Wir werden auch reden über Bildung. Wir haben ein schlechtes Schulsystem in Hessen vorgefunden, die CDU hat es wieder zur Leistungsorientierung hingeführt. Wir wissen, daß das eine Jahrzehnt-Arbeit ist, und wenn man die jetzt unterbricht, fällt das Land wieder zurück.

FAZ

Thema innere Sicherheit?

ROLAND KOCH

Sicherlich werden wir auch sagen, daß wir die Partei der inneren Sicherheit sind. In der Vergangenheit sind wir bei diesem Thema häufig auf erbitterten Widerstand der SPD gestoßen, beim erfolgreichen Freiwilligen Polizeidienst schießt Rot-Grün sogar heute noch quer. Aber es gibt auch Themen, über die man nicht streiten muß – etwa die Tatsache, daß immer mehr Schulen Ganztagschulen sein müssen.

FAZ

Wie hoch bewerten Sie die Aussichten, mit diesen Themen Ihre absolute Mehrheit zu verteidigen?

ROLAND KOCH

In der Tatsache, daß wir mit diesen Themen eine absolute Mehrheit gewonnen haben, sehe ich einen guten Hinweis darauf, daß uns das auch wieder gelingen kann. Ich will so viele Menschen wie nur möglich für die CDU gewinnen.

FAZ

Sie haben von einem „Lagerwahlkampf“ gesprochen. Ist die FDP die einzige Koalitionsoption für Sie?

ROLAND KOCH

Ich führe keinen Koalitionswahlkampf. Zudem muß jeder Bürger wissen: Wenn Frau Ypsilanti und Herr Al-Wazir von den Grünen nach der Wahl eine Mehrheit haben, werden sie auch gemeinsam Politik machen. Daß für mich die FDP ein Partner ist, sollte die CDU darauf angewiesen sein – das ist seit Jahren bekannt. Also: Es gibt entweder eine rot-grüne oder eine bürgerliche Mehrheit.

FAZ

Sie sagen immerzu, nie versprochen zu haben, auf ewige Zeiten Ministerpräsident in Hessen zu bleiben. Auf wie viele Jahre können sich die Hessen nach der Landtagswahl einstellen?

ROLAND KOCH

Die Debatte ist heute nicht mehr ganz so spannend wie vor vier oder fünf Jahren. Ich habe damals präzise gesagt: Wenn ich nicht die feste Absicht habe, mich eine ganze Landtagsperiode zu engagieren, werde ich mich nicht bewerben. Das gilt.

FAZ

Sie haben auch gesagt, Sie müßten sich nicht dafür schämen, daß man Ihnen auch andere Aufgaben zutraue.

Fortsetzung auf Seite 12

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft bringt Verantwortung und Chancen

ROLAND KOCH

Wie auch immer das klingen mag, ich bleibe dabei: Daß viele auch außerhalb Hessens darüber spekulieren, mich auch woanders sehen zu können, ist nichts Unehrenhaftes. Dennoch – ich sehe mein Engagement in Hessen für das Projekt eines freiheitlich orientierten, wirtschaftlich sehr erfolgreichen, aber auch sozial sehr verantwortlichen Landes nach den Vorstellungen bürgerlicher Politik. Weil das noch nicht abgeschlossen ist, versuche ich, wieder die Mehrheit zu bekommen.

FAZ

Nochmal – Roland Koch ohne Berliner Ambitionen?

ROLAND KOCH

Es bleibt alles so, wie es ist.

FAZ

Das ist das letzte Interview mit Ihnen, das in der bewährten Rechtschreibung veröffentlicht wird. Wäre es nach den übereifrigen Reformern gegangen, die Sie letztlich unterstützt haben, wären Sie nur noch ein „viel versprechender“ Ministerpräsident, aber kein „vielversprechender“.

ROLAND KOCH

Ich bedanke mich bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, daß es Schülern in Hessen wieder leichter gemacht wird zu verantworten, daß sie die F.A.Z. lesen. FAZ: Eine wohlbedachte oder eine wohl bedachte Antwort?

ROLAND KOCH

Eine Antwort, die ich mir gut überlegt habe

Zur Übernahme der Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union durch die Bundesrepublik Deutschland erklärt der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen MdB:

Die am 1. Januar 2007 begonnene deutsche EU-Ratspräsidentschaft bringt eine besondere Verantwortung, aber auch große Gestaltungsmöglichkeiten mit sich. Die Erwartungen an die Bundesrepublik Deutschland als größtes EU-Land sind sehr hoch. Aber der Erfolg der Ratspräsidentschaft ist nicht nur von Deutschland abhängig. Deshalb lautet das Motto der Präsidentschaft richtigerweise: Europa gelingt gemeinsam. Nur ein einiges Europa – so hat Bundeskanzlerin Angela Merkel es formuliert – kann die Herausforderungen der Globalisierung, aber auch von Gewalt, Terror und Krieg annehmen. Ein gespaltenes Europa ist zum Scheitern verurteilt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die zentralen Schwerpunkte, welche die Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm für die deutsche Ratspräsidentschaft gesetzt hat: Wiederbelebung des Verfassungsprozesses, neue Initiativen für eine europäische Energiepolitik, die Entwicklung einer europäischen Position im Klimaschutz für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls, eine bessere europäische Gesetzgebung mit weni-

ger Bürokratie und die Weiterentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Der 50. Jahrestag der Römischen Verträge bietet eine einmalige Chance, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union neu auf ihre Werte und Ziele zu verpflichten. Der Sondergipfel der Europäischen Union in Berlin wird eine erste Einschätzung darüber ermöglichen, ob alle Mitgliedstaaten weiterhin aktiv das Ziel einer Verfassung für Europa unterstützen. Die Aufgabe ist so schwierig wie die Quadratur des Kreises: Wie kann man erreichen, dass Frankreich und die Niederlande, die in Volksabstimmungen den Verfassungsvertrag abgelehnt haben, der politischen Substanz der Europäischen Verfassung zustimmen, ohne die erfolgreich abgeschlossenen Ratifikationsverfahren in 18 EU-Mitgliedstaaten zu entwerten? Es geht dabei nicht nur darum, einen Zeitplan vorzulegen, sondern auch die Konturen einer Lösung aufzuzeigen.

Ähnlich schwierig gestalten sich auch die Initiativen im Rahmen einer europäischen Energie- und Klimapolitik, zu mal hier die Europäische Union nicht alleiniger Akteur ist. Ein funktionierender Energie-Binnenmarkt wird auch dazu beitragen, die Abhängigkeit der Europäischen Union von einzelnen Lieferländern, namentlich Russland, zu verringern. Der G-8-Gipfel in Heiligendamm im Juni bietet die



Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Chance, die Europäische Energie- und Klimapolitik sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit Russland abzustimmen und eng zu verzahnen.

Mit dem 1. Januar 2007 ist die Europäische Union auf 27 Mitgliedstaaten angewachsen. Wir wollen, dass der Beitritt Bulgariens und Rumäniens ein Erfolg wird. Beide Länder werden die Europäische Union bereichern – kulturell, geografisch und auch politisch – sofern noch bestehende Übergangsprobleme abgearbeitet und bestehende Defizite ausgeräumt werden. EU-Kommission und Mitgliedstaaten müssen dabei an einem Strang ziehen. Auch hier gilt das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Europa gelingt gemeinsam.

Neue berufliche Perspektiven für Sie

Ihre Ziele:

- Sie wollen mehr erreichen
- Karriere machen
- Verantwortung übernehmen
- Leistung bringen – und entsprechend honoriert werden.

*Früher an
Später denken!*



Deutsche
Vermögensberatung

Wenn Sie neue **berufliche Chancen** suchen: Wir freuen uns auf Sie!

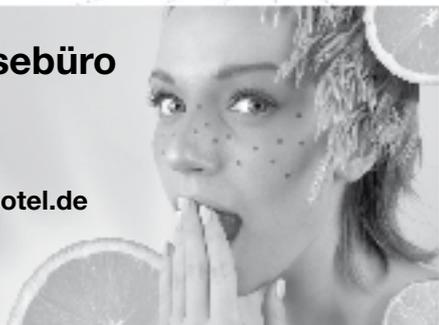
Rufen Sie uns einfach an:

Tel. 061 55-8 41 60
Fax 061 55-84 16 20

Regionaldirektion für
Deutsche Vermögensberatung
Gebr. Mönch
Schillerstraße 4
64347 Griesheim



Extratour Reisebüro
Hahlgartenstr. 4
64347 Griesheim
Tel. 061 55/837 10
www.mein-urlaubshotel.de






Bitte zurücksenden an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Eventmanagement und Logistik
 Klingelhofstraße 8
 10785 Berlin

Besser für die Menschen. **CDU**

Mitwirken in der CDU Griesheim

Kritisieren kann jeder. Etwas ändern kann nur der, der selbst mitwirkt – zum Beispiel in der CDU. Gemeinsam können wir die richtigen Weichen für Griesheim stellen.

Falls Sie bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, oder Europawahlen bereits CDU gewählt haben, sollten Sie ernsthaft überlegen auch CDU Mitglied zu werden. Dies lohnt sich auf jeden Fall. Als CDU Mitglied erhalten sie stets aktuelle Informationen aus der Landes- und Bundespolitik, sowie persönliche Einladungen zu politischen Veranstaltungen in Griesheim. Aber auch als passives Mitglied unterstützen Sie die CDU mit Ihrem Mitgliedsbeitrag. Diesen können Sie zur Hälfte von der Steuerschuld absetzen.

Bewegen Sie etwas – einfach Aufnahmeantrag ausdrucken und an folgende Adresse senden:

CDU Griesheim

Herrn Klaus Rinecker
 Berliner Straße 7
 64347 Griesheim

Pflegefall oder Outdoor-Profi?



Gegen Einsendung von € 3,30 in Briefmarken erhalten Sie unsere Broschüre **'Der Igel'**

NABU Niedersachsen
 Calenberger Str. 24
 30169 Hannover



Auf geht's! So werden Sie Mitglied.

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppe oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Name, Herr/Frau _____
 Vorname _____
 Straße _____
 PLZ, Wohnort _____
 geboren am _____
 Staatsangehörigkeit _____

Ich zahle einen Monatsbeitrag von **EURO**

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

Als Aufnahme spende zahle ich **EURO**

Die hier erhobenen Daten sind notwendig für die Entscheidung über Ihren Aufnahmeantrag. Diese Daten dienen ausschließlich der Parteiarbeit und werden von der CDU zum Zweck parteiinterner Daten- und Textverarbeitung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

 Ort, Datum Unterschrift

Wir würden Sie gerne näher kennenlernen.

Die nachfolgenden Angaben sind freiwillig.

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> ledig | <input type="checkbox"/> selbstständig/freiberuflich | <input type="checkbox"/> Hausfrau/Hausmann |
| <input type="checkbox"/> verheiratet | <input type="checkbox"/> Angestellte(r) | <input type="checkbox"/> Schüler(in) |
| <input type="checkbox"/> Ehepartner ist CDU-Mitglied | <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) | <input type="checkbox"/> Student(in) |
| <input type="checkbox"/> evangelisch | <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | <input type="checkbox"/> Rentner(in) |
| <input type="checkbox"/> röm-kath. | <input type="checkbox"/> Auszubildende(r) | <input type="checkbox"/> Vertriebener/Aussiedler |
| <input type="checkbox"/> andere Konfession | | |

Geburtsort: _____ Beruf: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Frühere oder jetzige Funktionen, Ämter, Mandate, Mitgliedschaften: _____

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen) einverstanden. Ihre freiwilligen Angaben werden benötigt, um Sie Ihrem Interesse entsprechend informieren zu können.

 Ort, Datum Unterschrift

Pofalla: „Die SPD ist die programmatische Nachhut“



Die CDU ist „die richtige Partei zur Meisterung der Globalisierung“.

Generalsekretär Ronald Pofalla hat 2007 zum Jahr „des programmatischen Wettbewerbs der großen Parteien“ ausgerufen: CDU, CSU und SPD würden neue Grundsatzprogramme beschließen und damit die Wählerinnen und Wähler „vor klare politische Alternativen“ stellen, sagte Pofalla in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen

Zeitung“ (Donnerstag). Zugleich widersprach er allen, die eine „immer größere Annäherung“ von Union und SPD in der Großen Koalition festzustellen glauben. Dass das Gegenteil der Fall sei, zeige der Entwurf des neuen SPD-Programms, das dem Parteivorstand am kommenden Wochenende zur Beratung vorliegt.

In diesem Papier erwiesen sich die Sozialdemokraten einmal mehr als „programmatische Nachhut“, betonte der Generalsekretär. Dies habe Tradition: So habe die SPD erst 1959 in ihrem „Godesberger Programm“ die von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gestaltete Soziale Marktwirtschaft nachvollzogen. Das Berliner Programm von 1989 sei wegen des „Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus“ bereits bei seiner Verabschiedung überholt gewesen. Und selbst in ihrem neuen Programm verankere die SPD „gerade einmal die Politik der Schröder-Jahre“. Ein zukunftsweisender Entwurf sehe anders aus.

Konkrete Unterschiede zwischen Union und SPD macht

Pofalla vor allem bei ihrem Verhältnis zum Staat aus. So präsentierten sich die Sozialdemokraten „als Partei, die in erster Linie vom Staat her denkt und nicht vom Menschen“. Ob „Bürgerzwangsversicherung“ oder Mindestlohn: immer scheure die SPD „alles über einen Kamm“ und setze auf zentrale Lösungen, die zu Verschlechterungen wie „Einheitsmedizin und Arbeitsplatzverlust“ führten.

Gleichzeitig pflegten die Sozialdemokraten ihre Ängste und warnten vor Gefahren, wie „anonymen Fondsmanagern“, die „Firmen wie jede andere Ware kaufen und verkaufen“. Außerdem werde gegen „die Konservativen“ gewettert, die an „überkommenen Privilegien“ festhielten und sich „auf angeblich natürliche Ungleichheiten“ beriefen. „Wer diese Feudalherren in der aktuellen Politik wohl sind“, vor denen sich die Sozialdemokraten derart fürchten, würde nicht nur Pofalla gerne wissen. Gegenüber der „FAZ“ versicherte er jedenfalls, dass sie ihm nicht bekannt seien.

Der Generalsekretär wies zudem darauf hin, dass sich die

Sozialdemokraten immer noch zur „Idee des demokratischen Sozialismus“ bekennen würden. Mehr noch: Die SPD bezeichne sich selbst als „linke Volkspartei“ und halte sich so auch auf Bundesebene Koalitionsoptionen mit der Linkspartei offen. „Eine klare Absage an ein solches Bündnis“ sei im Programmwurf nicht zu finden, unterstrich Pofalla. Offensichtlich hätten sich die Sozialdemokraten mit der „Existenz der Linkspartei“ abgefunden und „ihre politische Bekämpfung endgültig aufgegeben“.

Dass der Nationalstaat im neuen Programmwurf als „positive Bezugsgröße“ nicht existiere, sei ebenso bedenklich wie die Definition von Familie, sagte der CDU-Generalsekretär weiter: „Für die Sozialdemokraten ist Familie dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartnerschaften oder Generationen füreinander einstehen.“ Diese Trennung von Familie und Elternschaft degradere erstere „letztlich zu einer beliebigen Form der Wohngemeinschaft“. Wer die Familie stärken wolle, dürfe sie nicht abschaffen, mahnte Pofalla.

Ländlicher Raum erhalten

Wir setzen einen besonderen Schwerpunkt auf eine integrierte Politik für den ländlichen Raum. Künftig wird die unternehmerische Tätigkeit der Landwirte eine immer größere Bedeutung erlangen. Um die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhöhen und der Bevölkerungsabwanderung entgegen zu wirken, werden integrierte regionale Entwicklungskonzepte zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen verfolgt. Damit sollen Gewerbebetriebe neu angesiedelt werden sowie Arbeitsplätze im ländlichen Raum auch durch Verlagerung aus den Ballungsgebieten heraus gesichert bzw. neu geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für Landesbehörden.

Die wohnort- und verbrauchernahe Produktion von Lebensmitteln und Bio-Rohstoffen verbunden mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft und im ländlichen Raum allgemein, ist sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich. Hierbei sind regionale Märkte und Kreisläufe



neu zu erschließen und vorhandene zu stärken. Daher soll ein „Regionalprogramm Ländlicher Raum“ mit ganzheitlichem Ansatz aufgelegt werden.

Damit im Zuge dieser Strukturverbesserung des ländlichen Raumes Synergieeffekte genutzt werden können, sind die Zuständigkeiten für die Dorferneuerung und Regionalentwick-

lung, den ländlichen Tourismus, für die Planung von Landnutzungskonzepten sowie für den Verbraucherschutz einschließlich des Veterinärwesens in das für Landwirtschaft zuständige Ressort zu integrieren.

1. Starke Landwirtschaft für gute und sichere Agrarprodukte
2. Forstwirtschaft - ökologisch und ökonomisch sinnvoll

gestalten

3. Jagd – verlässlicher Naturschutz und Wirtschaftsfaktor im Ländlichen Raum
4. Weinbau – Tradition mit Zukunft
5. Gartenbau unterstützen – Wettbewerbsnachteile abbauen
6. Naturschutzland Hessen stärken

Junge Union verjüngt Vorstand

Zu ihrer Jahreshauptversammlung im „Odenwälder“ (Darmstädter Straße) traf sich am 08.12.2006 die Junge Union Griesheim. Neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende Ludwig Griebel als Ehrengäste den CDU Stadtverbandsvorsitzenden Klaus Rinecker und den Griesheimer CDU Landtagsabgeordneten Gottfried Milde jun. begrüßen.

Neben der Neuwahl des Vorstandes stand in diesem Jahr auch wieder die Wahl der Delegierten der JU Griesheim für die Kreisdelegiertenversammlung auf dem Programm, für die man insgesamt vier Delegierte stellt. Zu Beginn der Sitzung zog Griebel eine ausführliche und durchweg positive Bilanz des vergangenen Jahres. So betonte er insbesondere den großen Einsatz der JU Griesheim im Vorfeld der Kommunalwahl, zu der man erstmals mit einer eigenen Werbekampagne an den Start gegangen sei. Dass im Ergebnis dann auch zwei JU Mitglieder in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen sind, habe zudem deutlich gemacht, dass sich der betriebene Aufwand auch gelohnt habe. Dies gelte es vor allem vor der Anfang 2008 stattfindenden Landtagswahl zu wiederholen, um auch in Griesheim das von Milde für die CDU gewonnene Direktmandat verteidigen zu können.

Auch im Bereich der Mitgliederentwicklung setze sich der positive Trend der letzten Jahre fort. So sei besonders erfreulich, dass innerhalb der JU Griesheim eine Generation junger Aktiver zunehmend für neue Impulse Sorge. „Das lässt für die Zukunft auf eine weiterhin personell und inhaltlich stark aufgestellte JU

Griesheim hoffen“, zeigte sich Griebel zufrieden. In diesem Zusammenhang hob er auch den Internet-Auftritt der Griesheimer JU (www.jugriesheim.de) hervor und betonte dabei den Stellenwert dieses Mediums bei der jungen Zielgruppe der JU.

Vorbildlich sei des Weiteren auch dieses Jahr wieder die Mitwirkung der JU am Zwiebelmarkt gewesen, an dem man traditionell – diesmal allerdings erstmals mit neuem Stellplatz in der „Freßgass“ – die Bewirtung eines Getränkewagens übernommen hatte. Dort habe man durch den gezeigten Einsatz ein gutes Bild abgegeben. All dies, so Griebel, habe wohl bei der Jugendgruppe der politischen Konkurrenz für reichlich Miss-

stimmung gesorgt, wie an der „völlig unsachlichen Kritik in der Presse“ zu erkennen gewesen sei.

Gegen Ende seines Berichtes dankte Griebel den aus beruflichen Gründen ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit und schlug der Versammlung bei dieser Gelegenheit eine Verjüngung des neuen Vorstandes vor.

Im Anschluss folgte die Wahl des nunmehr aus 9 Mitgliedern bestehenden Vorstandes. Hierbei wurde Ludwig Griebel im Amt des Vorsitzenden der JU Griesheim bestätigt. Zu Stellvertretern wurden Dominik Krestan und der 18jährige Alexander Milde gewählt. Als Schriftführer wurde Hagen Novotny gewählt.

Neuer Schatzmeister ist Simon Bangert. Als Beisitzer kompletieren Dennis Wüst, Stephan Pertschy, Torsten Rinecker und Michael Funk den neu gewählten Vorstand.

Als einen der Schwerpunkte für die kommenden Monate gab Griebel abschließend die weitere Mitgliederwerbung und die inhaltliche Unterstützung der Fraktionsarbeit der JU Mitglieder in der Griesheimer Stadtverordnetenversammlung aus.

Die Sitzungen der JU Griesheim finden regelmäßig einmal im Monat statt. Genauer Datum, Zeit und Ort werden jeweils auf der Homepage bekannt gegeben; Interessierte sind jeder Zeit herzlich eingeladen vorbei zu schauen.



K.D. Höhl

Bauunternehmen

Hoch- und Tiefbau

64347 Griesheim · Pfungstädter Str. 35

Tel. (06155) 781-77 · Fax (06155) 829-821

e-Mail: kdhoehl@aol.com

FA. BAUM

Pfützenstrasse 41 · Griesheim
Tel. 061 55/2883
Fax 061 55/66022



SANITÄRE ANLAGEN
GAS-WASSER-INSTALLATION
SPENGLEREI · KUNDENDIENST

SOLARANLAGEN
GASBRENNWERTTECHNIK
REGENWASSERSYSTEME

BERATUNG · PLANUNG · AUSFÜHRUNG · WARTUNG

**EINLADUNG ZUM NEUJAHRSEMPFANG
am 17. Januar 2007**

mit der Präsidentin des Thüringer Landtages
Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski

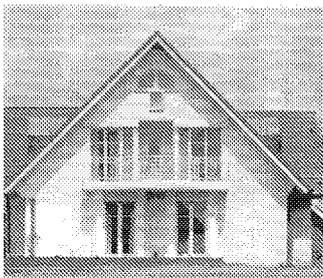
Im Zöllerhannes

**Einladung zum politischen Aschermittwoch
am 21. Februar 2007
mit traditionellen Heringessen
im Bürgerhaus St. Stephan**

CDU

www.cdugriesheim.de

WIR BAUEN FÜR SIE



Massivhäuser

geplant nach Ihren Wünschen,
freistehend oder als Doppelhaus-
hälfte, mit Keller oder Bodenplatte.

Schlüsselfertig ab 125 000,- €
Als Ausbauhaus ab 89 000,- €

Kostenlose Infomappe bei:



KWS

BAUBETREUUNG GMBH

Tel. 0 61 57/94 56 55, Fax 94 56 10
64319 Pfungstadt, Pfarrgasse 36

**SCHLÜSSELFERTIG
BAUEN
MIT FESTPREIS**



**Pfarrgasse 36
64319 Pfungstadt**

**Telefon (0 61 57) 94 56 55
Telefax (0 61 57) 94 56 10**